



73. Jahrgang / Februar 2000

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 6. <i>Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs in Tirol</i> | 10. <i>Bildungskarenz</i> |
| 7. <i>Übersicht über die genehmigten Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 1999</i> | 11. <i>Gewerbegebiete – Investoren</i> |
| 8. <i>Vorschläge zur Vollziehung des § 25 Technische Bauvorschriften 1998 aus brandschutztechnischer Sicht</i> | 12. <i>Tierseuchenfonds, Pflichtbeiträge 2000</i> |
| 9. <i>Die mangelhafte Niederschrift</i> | 13. <i>Kurse für Gemeindebedienstete</i> |
- Verbraucherpreisindex für Dezember 1999
(vorläufiges Ergebnis)*

6.

Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs in Tirol

1. Gründe für die Neuordnung

Mit 1. Jänner 2000 wird das Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (ÖPNRVG 1999) in Kraft treten. Gemäß diesem Gesetz fällt die Planung nachfrageorientierter Verkehrsdienstleistungen (Reduzierung, Ausweitung oder Umschichtung von Verkehrsdienstleistungen) in den Aufgabenbereich von Ländern und Gemeinden. Diese Aufgabenträgerschaft umfasst neben der Planung auch die Ausschreibung und Bestellung von Verkehrsdiensten, wobei Länder und Gemeinden für den Regionalverkehr und Gemeinden bzw. Städte für den Nahverkehr innerhalb eines Gemeindegebietes verantwortlich sind.

Die Ausgliederung der Bundesunternehmen ÖBB und Post aus der staatlichen Verwaltung des Bundes, hat in den letzten Jahren teilweise zu spürbaren Angebotsrücknahmen seitens dieser Unternehmen geführt. Als Auswirkung dieser „Privatisierung“ leisten das Land Tirol im Rahmen des Verkehrsverbund Tirol (VVT) und zahlreiche Tiroler Gemeinden bereits seit Jahren erhebliche Zuschüsse zur Aufrechterhaltung des Linienangebotes.

Zuletzt verlangt auch die geplante Einbeziehung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt in die Verkehrsverbünde und damit die Verbesserung des Angebotes für diese große Fahrgastgruppe (freie Verkehrsmittelwahl, Aufzahlungsmöglichkeiten für Ferienzeiten) nach organisatorischen Lösungen.

2. Ziele

Die vorrangigen Ziele der Neuordnung des öffentlichen Nahverkehrs in Tirol sind:

1. Sicherstellung eines nachfragegerechten ÖV-Angebotes durch Einbeziehung der Gemeinden, Schulen, des Tourismus und der Großbetriebe;
2. Verbesserung der Produktivität durch Optimierung des Verkehrsangebotes;
3. Senkung der Kosten für Gebietskörperschaften durch bestmögliche Integration von Pendler-, Schüler- und touristischen Verkehren;
4. Ausbau des Verkehrsangebotes;

3. Lösung im Rahmen regionaler Verkehrskonzepte

Wichtigster Eckpfeiler der Neuordnung des ÖPNV in Tirol, ist die Entwicklung regionaler Verkehrskonzepte. Darunter ist die systematische Analyse, Planung und Abstimmung des gesamten ÖV-Angebotes (Bus und Bahn) innerhalb verkehrlich sinnvoller Gebiete (z. B. Talschaften aber auch Bezirke) zu verstehen. Gemeinden, Schulen aber auch große Arbeitgeber (Werkverkehre) und der Tourismus sollen an einen Tisch gebracht werden, um die unterschiedlichen Bedürfnisse bestmöglich aufeinander abzustimmen, und die verschiedenen Verkehre so zu integrieren, dass für die Beteiligten entweder eine Kostenreduktion oder eine Verbesserung des Verkehrsangebotes erzielt werden kann.

Sinnloser Wettbewerb zwischen Bahn- und Buslinien soll durch die Vorteile eines in sich abgestimmten Verkehrssystems ersetzt werden.

4. Gemeindeverbände als organisatorische Basis

Die Regionalisierung der nachfragegerechten Planung des ÖV-Angebotes, wie sie im ÖPNRV-Gesetz vorgesehen ist, ist ein langfristiger Prozess, dem eine entsprechende Organisationsstruktur zu Grunde gelegt werden muss. Erfahrungen insbesondere in den Bundesländern Vorarlberg und Salzburg zeigen, dass Gemeindeverbände hervorragend geeignet sind, die oben genannten Zielsetzungen zu erreichen. Das Land Tirol unterstützt daher die Einrichtung von Gemeindeverbänden für die Planung, Organisation und Bestellung von Verkehrsdiensten, die nach dem ÖPNRV-Gesetz auch in den Aufgabenbereich von Gemeinden fallen. Dabei ist nicht daran gedacht, diese Gemeindeverbände zu aufwendigen Organisationseinheiten auszubauen. Vielmehr sollen sich die Gemeindeverbände darauf konzentrieren, welches Verkehrsangebot von ihnen benötigt bzw. gewünscht wird, und wie dessen Finanzierung sichergestellt werden kann. Die Planung des Verkehrsangebotes erfolgt durch Verkehrsunternehmen und durch die Verkehrsverbund Tirol GmbH, gegebenenfalls auch durch externe Verkehrskonsultanten. Die Verkehrsverbund Tirol GmbH wird die Gemeindeverbände in allen Fragen des Konzessionsrechts, der Ausschreibung von Verkehrsleistungen, des Tarifes, der Abrechnung bis hin zu Marketingfragen beraten. Die Kosten dieser Dienstleistungen werden vom Eigentümer der Verkehrsverbund GmbH, dem Land Tirol getragen.

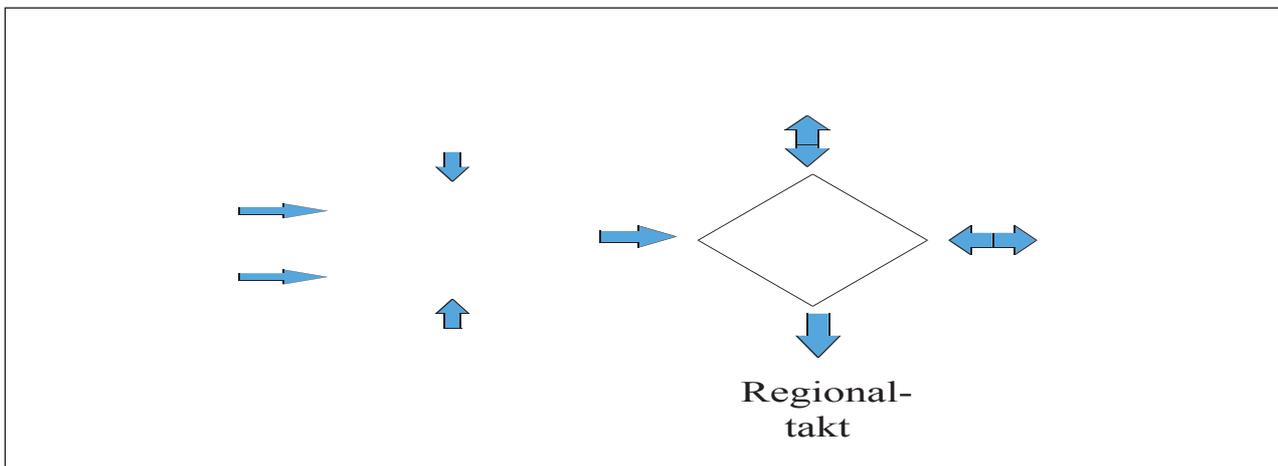
Einen Überblick über die organisatorischen Beziehungen zwischen den Gemeindeverbänden und ihren Partnern bei der Umsetzung regionaler Verkehrskonzepte bietet die anliegende Abbildung.

5. Finanzierung

Öffentlicher Nahverkehr ist für die Regionen von sehr großer Bedeutung. Die Neuordnung des ÖPNV in Tirol im Rahmen von Gemeindeverbänden wird zu einer klaren Festlegung der Gestaltungs- aber auch Finanzierungsverantwortung führen. Demnach werden künftig, wie es das ÖPNRV-Gesetz vorsieht, sich auch die Gemeinden vor allem an den Kosten für zusätzliche Verkehrsangebote beteiligen müssen. Dabei ist seitens des Landes Tirol geplant, die Gemeinden nach besten Möglichkeiten finanziell zu unterstützen.

Sichergestellt ist die Finanzierung des bestehenden Verkehrsangebotes (Grundangebot) im Schienenregionalverkehr. Dazu hat sich der Bund im ÖPNRV-Gesetz verpflichtet. Im regionalen Busverkehr hingegen – dies gilt insbesondere für den Postautobusdienst – müssen Verkehrsunternehmen und regionale Gebietskörperschaften umgehend organisatorische Maßnahmen treffen, um die Betriebsabläufe bestmöglich zu rationalisieren, da der Bund hier seine Beiträge über einen Zeitraum von fünf Jahren jährlich um 20% absenkt. Die Umsetzung regionaler Verkehrskonzepte, wie sie gemäß Punkt 3 beschrieben wurde, ist damit unverzichtbarer Bestandteil der Aufrechterhaltung eines wirtschaftlich vertretbaren Grundverkehrsangebotes ist.

Die Finanzierung zusätzlicher Verkehrsangebote wird durch den Bund mit 50% gefördert. Darüber hinaus werden derartige Leistungsbestellungen weiterhin im Rahmen einer Förderungsrichtlinie durch das Land Tirol in Abhängigkeit von der Finanzkraft der Gemeinden gefördert, sodass für die Gemeinden etwa ein Finanzierungsanteil von rd. 30 bis 35% des Abganges (d. h. Kosten minus Erlöse) zu finanzieren ist. Das Land Tirol wird darüber hinaus selbstverständlich weiterhin die Zurverfügungstellung günstiger Verbundtarife im Rahmen des VVT finanzieren.



7.

Übersicht über die genehmigten Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 1999

Genehmigte Darlehen	1998		1999	
	in 1000 S	in % der Darlehenssumme	in 1000 S	in % der Darlehenssumme
Gemeinden ohne Innsbruck Stadt				
1. Hoheitsverwaltung				
1.1 Schulen	19.200	1,36%	115.123	4,91%
1.2 Kindergärten	22.360	1,58%	28.732	1,23%
1.3 Wasserleitungsbauten				
Wasserversorgung (UWWF)	1.571	0,11%	0	0,00%
Wasserversorgung (WLF)	30.417	2,15%	16.819	0,72%
Wasserversorgung - Bankdarlehen/UFG	26.740	1,89%	30.293	1,29%
Wasserversorgung (Bank)	7.800	0,55%	5.616	0,24%
1.4 Kanalbauten				
Abwasserentsorgung (UWWF)	5.822	0,41%	33.817	1,44%
Abwasserentsorgung (WLF)	37.379	2,64%	25.895	1,10%
Abwasserbeseit. - Bankdarlehen/UFG	644.521	45,61%	652.778	27,84%
Abwasserentsorgung (Bank)	12.293	0,87%	21.080	0,90%
1.5 Wohnbau, Altersheime				
Wohnbau, Altersheime (Wbf)	59.775	4,23%	27.507	1,17%
Wohnbau, Altersheime (Bank)	53.090	3,76%	6.292	0,27%
1.6 Sportanlagen	40.831	2,89%	41.600	1,77%
1.7 Friedhöfe	3.200	0,23%	13.464	0,57%
1.8 Strassen, Wege, Brücken	32.351	2,29%	31.837	1,36%
1.9 Abfallbeseitigung	56.810	4,02%	6.000	0,26%
1.10 Feuerwehreswesen				
Feuerwehr (TILAND)	4.395	0,31%	2.000	0,09%
Feuerwehr (Bank)	9.500	0,67%	31.125	1,33%
1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich	153.014	10,83%	370.780	15,82%
1.12 Bezirkskrankenhäuser	60.000	4,25%	404.277	17,24%
1.13 Sonstiges				
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	17.300	1,22%	67.569	2,88%
Grundkäufe	34.564	2,45%	188.520	8,04%
Beteiligungen	0	0,00%	169.925	7,25%
Musikschulen	7.000	0,50%	0	0,00%
Sonstiges	51.761	3,66%	53.300	2,27%
Weitergabe an Firmen	0	0,00%	0	0,00%
Summe Hoheitsverwaltung	1.391.694	98,48%	2.344.349	100,00%
2. Erwerbswirtschaftliche Unternehmen	0	0,00%	0	0,00%
Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck	1.391.694	98,48%	2.344.349	100,00%
Innsbruck - Stadt				
a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck	21.545	1,52%	0	0,00%
Umschuldung Stadtgde. Innsbruck	0	0,00%	0	0,00%
Summe Innsbruck - Stadt	21.545	1,52%	0	0,00%
Darlehensaufnahmen Summe Tirol	1.413.239	100,00%	2.344.349	100,00%

Genehmigte Haftungsübernahmen

Aufschlüsselung der Haftungsübernahme	1998	1999
Seilbahnen und Lifte	50.000	80.000
Bäder und Sportanlagen	8.859	43.000
Wasserleitungs- und Kanalbauten	11.540	30.000
Sonstige	22.778	617.950
Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt)	93.177	692.950
Innsbruck-Stadt	403.200	42.400
Haftungsübernahmen Summe Tirol	496.377	734.950

Genehmigte Leasingverträge

	1998	1999
Feuerwehreswesen	0	0
Schulen	114.050	223.927
Musikschulen	0	0
Kindergärten	0	10.318
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	58.500	28.710
Bäder- und Sportanlagen	0	0
Altenheime	0	85.000
Sonstige Zwecke	0	0
Leasingsumme Gemeinden Tirol	172.550	263.859

HÖHE, ANZAHL UND ZINSSÄTZE DER DARLEHENS-AUFNAHMEN

	Zinssatz	Anzahl	Betrag	%
Umwelt und Wasserwirtschaftsfonds	1,000 %	4	28.324	1,21%
	2,000 %	5	5.493	0,23%
Wasserleitungsfonds	3,500 %	97	42.715	1,82%
Wohnbauförderung	0,500 %	1	626	0,03%
	1,000 %	5	50.698	2,16%
Zinsenloses Landesdarlehen	0,000 %	0	0	0,00%
Zwischensumme		112	127.856,00	5,45%
Bankdarlehen	0,000 %	1	369	0,02%
	1,000 %	4	88.000	3,75%
	1,125 %	9	352.700	15,04%
	2,500 %	1	10.000	0,43%
	2,625 %	8	123.380	5,26%
	2,750 %	22	185.860	7,93%
	2,875 %	18	99.925	4,26%
	3,000 %	9	66.300	2,83%
	3,125 %	29	233.355	9,95%
	3,250 %	23	144.316	6,16%
	3,375 %	10	238.063	10,15%
	3,500 %	14	74.547	3,18%
	3,625 %	13	100.915	4,30%
	3,750 %	14	110.690	4,72%
	3,875 %	15	172.597	7,36%
	4,000 %	8	71.002	3,03%
	4,125 %	3	7.237	0,31%
	4,375 %	1	35.000	1,49%
	4,500 %	2	10.000	0,43%
	4,625 %	1	8.750	0,37%
	4,750 %	1	18.360	0,78%
	4,875 %	1	2.450	0,10%
	5,000 %	5	39.987	1,71%
	5,125 %	2	15.190	0,65%
	5,625 %	1	5.500	0,23%
Zwischensumme		215	2.214.493	94,46%
Darlehen von Versicherungen	3,000 %	1	1.500	0,06%
Darlehen von Versicherungen	4,000 %	1	500	0,02%
Zwischensumme		2	2.000	0,09%
Summe der Darlehensaufnahmen 199 9		329	2.344.349	100,00%

8.

Vorschläge zur Vollziehung des § 25 Technische Bauvorschriften 1998 aus brandschutztechnischer Sicht

Bei der Vollziehung des § 25 TBV 1998 (Erfordernisse bezüglich älterer und behinderter Menschen und Kinder) ist von Sachverständigenseite die Bitte um Abklärung verschiedener Fragen an die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht herangetragen worden.

Es handelt sich dabei um folgende Fragen:

Wie ist vorzugehen bei

a) Bergung von bewegungseingeschränkten Personen, insbesondere Rollstuhlfahrer, gebrechlichen Per-

sonen aber auch temporär bewegungseingeschränkten Personen nach Sportunfällen beispielsweise mit Gipsfuß, mit schweren Prellungen udgl. aus mehrgeschoßigen Beherbergungsbetrieben im Brandfalle;

b) bei durch Brandschutztüren abgeschlossenen Stiegenhäusern, die vom oben genannten Personenkreis nur sehr schwer geöffnet werden können;

c) bei Notausgängen aus Versammlungsräumen (z. B. Mehrzweckgebäude, Kinos) die räumlich bedingt nicht

direkt auf das Umgebungsgelände, sondern über innenliegende längere Fluchtwege führen;

d) bei Garagengebäuden/Tiefgaragen, die mit Brandschutzschiebetoren mit integrierter Gehtüre ausgestattet sind bzw. die über Schleusenräume mit Fluchtstiegenhäusern in Verbindung stehen.

In Zusammenarbeit mit der Tiroler Landesstelle für Brandverhütung, Direktor Ing. Prader, dem Zivilinvalidenverband RR Leitinger und Herrn Mag. Porta, Gemeinde Telfs, wurden folgende Vorschläge erarbeitet:

Zu a):

Solche Personen sollten in Zimmern untergebracht werden, die für die Feuerwehr von außen zugänglich sind. Wichtig ist, dass bei der Erstellung der Brandschutzpläne solche Zimmer gekennzeichnet sind, um einen gezielten und schnellen Rettungseinsatz durch die Feuerwehr zu ermöglichen.

Zu b):

Es ist sicherzustellen, dass solche Türen mit leichtgängigen Türschließern ausgestattet, regelmäßig gewartet werden und der Türschließer korrekt eingestellt ist.

Zu c):

Grundsätzlich sollten solche Räume mit Notausgängen versehen sein, die oben genannten Personen eine Flucht im Brandfalle ermöglichen.

Im Ausnahmefall wäre denkbar, dass Hinweisschilder angebracht werden, die die Benützung solcher Räumlichkeiten nur in Begleitung geeigneter Begleitpersonen zulässt. Als geeignete Begleitperson für einen Rollstuhlfahrer ist jene Person anzusehen, die aufgrund ihrer Erfahrung, der körperlichen Eignung sowie dem Umgang mit Rollstuhlfahrern dazu geeignet ist, gemeinsam mit dem Rollstuhlfahrer Hindernisse, insbesondere auch Stiegen zu überwinden, sofern diese Hindernisse eine Überwindung aus baulicher Sicht auch zulassen.

Weiters wird empfohlen, bei solchen Bauvorhaben Sachverständige für behindertengerechtes Bauen im Bauverfahren zur Beurteilung des Projektes beizuziehen.

Zu d):

Bei Garagengebäuden/Tiefgaragen muss bei Brandschutzschiebetoren mit integrierter Gehtüre die Schwellenhöhe möglichst nieder festgelegt werden. Eine Schwellenhöhe von max. 3 cm wäre ideal.

Bei Schleusenräumen ist dafür zu sorgen, dass im Stiegenhaus (also nach dem Brandabschnitt) eine Aufstellmöglichkeit für einen Rollstuhlfahrer zur Fremdbergung vorhanden ist. Diese Aufstellmöglichkeit muss so groß sein, dass die Fluchtmöglichkeit für andere Personen in das Stiegenhaus nicht eingeschränkt und gleichzeitig der Schließweg der Brandschutztüre nicht behindert wird.

Aus gegebenem Anlass wird abschließend darauf hingewiesen, dass als brandschutztechnische Sachverständige nur allgemein beidete gerichtliche Sachverständige auf dem Gebiet des Brandschutzes, Sachverständige der Tiroler Landeskommission für Brandverhütung, staatlich befugte und beidete Ziviltechniker im Rahmen ihrer Befugnis und Bedienstete von Gebietskörperschaften als Amtssachverständige dem Bauverfahren beigezogen werden dürfen (vergleiche § 24 Abs. 7 TBO 1998). Der Nachweis von Kursbesuchen und entsprechende Zeugnisse (Zertifikate) reichen nicht aus, um als brandschutztechnischer Sachverständiger im Sinne obiger Bestimmungen anerkannt zu werden. Weiters wird darauf hingewiesen, dass Bescheide, mit denen die Baubewilligung erteilt wird, an einem mit Nichtigkeit bedrohten Fehler leiden, wenn dem Bauverfahren entgegen dem § 24 Abs. 5 TBO 1998 kein brandschutztechnischer Sachverständiger beigezogen wurde (vergleiche § 53 TBO 1998).

Dr. Franz Peter Kotter

9.

Die mangelhafte Niederschrift

Niederschriften liefern gemäß § 15 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG) über den Verlauf und den Gegenstand der betreffenden Amtshandlung vollen Beweis. Dies gilt aber nur dann, wenn bei der Aufnahme einer Niederschrift die Formvorschriften des § 14 AVG eingehalten werden. Die volle Beweiskraft einer Niederschrift nach Maßgabe des § 15 AVG ist näm-

lich nur dann gegeben, wenn sie vollinhaltlich dem § 14 AVG entspricht (Erk. des VwGH. vom 25. April 1978, Zl. 35/77).

Eine solche wichtige Formvorschrift enthält § 14 Abs. 3 erster Satz AVG, wonach die Niederschrift den Vernommenen oder sonst beigezogenen Personen, wenn sie nicht darauf verzichten, zur Durchsicht vor-

zulegen oder vorzulesen ist. Eine Niederschrift, die keinen Hinweis darauf enthält, dass sie den Vernommenen oder sonst beigezogenen Personen zur Durchsicht vorgelegt oder vorgelesen worden wäre, oder dass die Genannten auf die Vorlage bzw. das Verlesen verzichtet hätten, ist mangelhaft und liefert nicht vollen Beweis im Sinne des § 15 AVG (vgl. Erk. des VwGH. vom 24. September 1997, Zl. 97/03/0025 u. a.).

Eine Niederschrift, die an dem genannten Mangel leidet, verliert jedoch nicht jeglichen Beweischarakter, sondern unterliegt gemäß § 45 Abs. 2 AVG der freien Be-

weiswürdigung der Behörde (Erk. des VwGH. vom 4. Oktober 1989, Zl. 89/01/0175 u. a.). Ist eine Niederschrift nicht gemäß § 14 AVG aufgenommen worden, so hat die Partei gegen die Richtigkeit des bezeugten Vorganges nicht wie bei einer ordnungsgemäßen Niederschrift (vgl. Erk. des VwGH. vom 21. Oktober 1994, Zl. 94/11/0132), den Gegenbeweis anzutreten; es obliegt dann vielmehr der Behörde, durch geeignete Ermittlungen von Amts wegen den Beweis über den Inhalt der Verhandlung aufzunehmen (Erk. des VwGH. vom 12. Dezember 1989, Zl. 89/04/0135 u.a.).

10.

Bildungskarenz

Der Abteilung Gemeindeangelegenheiten wurde die Frage vorgelegt, ob es für Vertragsbedienstete der Tiroler Gemeinden eine so genannte Bildungskarenz gibt.

Dazu wird mitgeteilt, dass die „Bildungskarenz“ in § 11 des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes (AVRAG), BGBl. Nr. 459/1993 i. d. F. BGBl. I Nr. 120/1999, geregelt ist. Nach § 1 Abs. 2 Z. 1 des AVRAG sind unter anderem vom Geltungsbereich dieses Gesetzes Arbeitsverhältnisse zu Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden ausgenommen. Es gelten somit die Bestimmungen über die Bildungskarenz nicht für die Gemeinden.

Für die Vertragsbediensteten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände finden die Bestim-

mungen über „Karenzurlaub“ nach § 29b VBG 1948 Anwendung. Demnach kann dem Vertragsbediensteten auf Antrag ein Urlaub unter Entfall der Bezüge (Karenzurlaub) gewährt werden, sofern nicht zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen.

Karenzurlaube, die für die Ausbildung des Vertragsbediensteten für seine dienstliche Verwendung gewährt worden sind, sind bis zu drei Jahre für Rechte, die sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses richten, anzurechnen.

Näheres über die Karenzurlaube ist im § 29 VBG 1948 enthalten.

11.

Gewerbegebiete – Investoren

Der Tiroler Bodenbeschaffungsfonds betreibt mit einigen Gemeinden Projekte zur Schaffung von Gewerbegebieten. Diese Gewerbegebiete werden auf einer eigens hierfür vom Tiroler Bodenbeschaffungsfonds gestalteten Homepage im Internet präsentiert, um eine möglichst große Zahl potentieller Investoren anzusprechen. Der Tiroler Bodenbeschaffungsfonds bietet nun allen Gemeinden an, ihre Gewerbegebiete, für welche sie Investoren suchen, ebenfalls auf dieser Plattform darzustellen.

Bei Vorlage der entsprechenden Unterlagen erfolgt die Aufnahme und Präsentation unentgeltlich. Die

Unterlagen sollten eine Beschreibung des Gebietes nach Lage, Größe, Verkehrsanbindung, Parzellierungsmöglichkeiten usw. und eventuell auch Fotos des Gebietes umfassen.

Die Präsentation im Internet wird Ende Februar 2000 beginnen.

Kontaktadresse: Tiroler Bodenbeschaffungsfonds, Neues Landhaus, 6020 Innsbruck

*Tiroler Bodenbeschaffungsfonds,
Zl. BBF-Allgemein 03/01/2000*

12.

Tierseuchenfonds, Pflichtbeiträge 2000

Nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Tierseuchenfonds, LGBL. Nr. 17/1949, in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 65/1988, hat die Landesregierung mit Verordnung vom 21. Dezember 1999 (LGBL. Nr. 77/1999), festgesetzt, dass Personen, die in Tirol einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen oder einen solchen Betrieb als Nutznießer oder Pächter innehaben für jedes nachstehend angeführte in ihrem Eigentum befindliche Tier im Jahr 2000 folgende Beiträge zu leisten haben:

1. für alle über ein Jahr alten Einhufer und über drei Monate alten Rinder S 20,-

2. für Schweine über 50 kg Lebendgewicht sowie über sechs Monate alte Schafe und Ziegen S 5,-

Für die Entrichtung der Pflichtbeiträge ist der im Zeitpunkt der letzten Viehzählung (Dezember 1999) festgestellte Bestand an Einhufern über einem Jahr und Rindern über drei Monaten bei den einzelnen Tierhaltern maßgebend. Wenn der Gemeinde die genauen Zah-

len nicht bekannt sind, werden die laut Viehzählungsliste unter einem Jahr alten Rinder zu zwei Drittel als über drei Monate alt angenommen und sind somit beitragspflichtig. Schlachtkälber bis 300 kg sind nicht beitragspflichtig.

Wie in den Vorjahren sind von den Bezirkshauptmannschaften Listen zu erstellen, in die die Nummer der Gemeinde und die von dieser zu leistenden Beträge eingesetzt werden. Diese Liste ist bis 15. Juni 2000 an die Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung einzuschicken, worauf von dort aus die Tierseuchenfondsbeiträge an den Tierseuchenfonds überwiesen werden.

Die Bezirkshauptmannschaft hat wie bisher eine Beitragsliste (mit Zahlenangabe der einzelnen Tiergattungen) an die ho. Veterinärabteilung zu übermitteln.

Die Gemeinden werden auf die Bestimmungen des § 7 Abs. 2 und 4 leg. cit. hingewiesen.

Abt. IIIe-43/96 vom 17. Jänner 2000

13.

Kurse für Gemeindebedienstete

Die Abteilung für Gemeindeangelegenheiten beim Amt der Tiroler Landesregierung gibt bekannt, dass im Rahmen des Gemeindeverwaltungsseminars für 2000 ein **zweiwöchiger Grundlehrgang am Volksbildungsheim Grillhof** geplant ist. **Dieser Kurs beginnt am 2. Oktober 2000 und endet am 13. Oktober 2000.** Interessenten für diese Veranstaltung mögen sich unter Zuhilfenahme des den Gemeinden eigens übermittelten Formulars bis spätestens 30. Juni 2000 anmelden. Es wird darauf hingewiesen, dass mündliche Anmeldungen leider nicht entgegengenommen werden können.

Die Gemeinden werden ersucht, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen und insbesondere jenen Be-

diensetzten eine Kursteilnahme zu ermöglichen, die demnächst den Gemeindegemeinschaftslehrgang besuchen werden.

Falls in Bereichen Gesetze erlassen werden, die für die Gemeinden von besonderem Interesse sind, können bei Bedarf kurzfristig Kurse angeboten werden. Die Gemeinden werden über Ort und Dauer derartiger Veranstaltungen rechtzeitig informiert werden. Weiters darf darauf hingewiesen werden, dass das Berufsförderungsinstitut für Tirol (bfi) heuer erneut speziell auf die Bedürfnisse der Gemeinden abgestellte Fortbildungsveranstaltungen anbietet. Die Gemeinden werden über das genaue Fortbildungsprogramm des bfi noch gesondert informiert werden.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR DEZEMBER 1999**
(vorläufiges Ergebnis)

	November 1999 (endgültig)	Dezember 1999 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	103,2	103,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	135,0	135,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	209,8	211,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	368,1	370,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	469,0	472,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	470,5	473,7

Der Index der Verbraucherpreise 1996 (Basis: Durchschnitt 1996 = 100) für den Kalendermonat Dezember 1999 beträgt 103,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber November 1999 (103,2 endgültige Zahl) um 0,7% gestiegen. Die Steigerungsrate gegenüber Dezember 1998 beträgt + 1,4% (November 1999/1998: + 0,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck